

DG-Bank: Traumanlage wurde zum Alptraum

Zigtausenden Kunden von Genossenschaftsbanken droht der Totalverlust — Geschädigte formieren sich

KLAUS WONNEBERGER

Der Fall der Mauer, die Aussicht auf blühende Landschaften: In dieser Stimmungslage haben die Genossenschaftsbanken Anfang der 90-er Jahre zigtausenden von Anlegern zum Erwerb von geschlossenen Immobilienfonds ihres Spitzeninstituts, der DG-Bank, geraten. Zur Altersversorgung, zum Steuersparen, als gute, sichere Geldanlage. Heute kreist über einem Teil der rund 50 Fonds der Pleitegeier. Totalverlust droht, der Schaden addiert sich auf 500 Mio. € — ein Desaster für die 25000 Anleger.

NÜRNBERG — Auch eine heute 82-Jährige gehört dazu. Der Frau hat ihre Raiffeisenbank damals geraten, 150000 € in solche Fonds zu investieren. „Gemessen an ihrem Gesamtvermögen eine Summe, die überhaupt nicht nachvollziehbar ist“, klagt ihr Sohn, der südlich von Nürnberg wohnt und auf einer Geschädigtenversammlung in der Fürther Pyramide die Interessen seiner Mutter vertrat.

Vertrauen enttäuscht

Der Frau ging es wie so vielen Anlegern, die ihrer Hausbank fast blind vertrauten. „Meine Mutter ist etwas naiv in Finanzangelegenheiten“, beschreibt der Sohn die Situation. Sie hörte auf „ihren“ Bankberater, hatte soviel Vertrauen zu ihm, dass er ihr auch gleich noch die Steuererklärung miterledigte. Doch das Vertrauen wurde enttäuscht. Statt der erhofften Gewinne droht der alten Frau der Verlust ihres Ersparten.

Hausfrauen, Beamte, Selbstständige, ganz normale Arbeitnehmer — es fanden sich so ziemlich alle Gesellschaftsschichten aus ganz Süddeutschland unter den rund 100 Geschädigten, die sich in der Pyramide ihren Frust von der Seele redeten und darauf hoffen, mit Hilfe von Anwälten zumindest einen Teil ihres Schadens von den Banken ersetzt zu bekommen. Wie das Ehepaar aus der Region, das solche Fondsanteile geerbt hat: Die Anteile sind heute nichts mehr wert, die Immobilie wirft nichts ab. Doch Erbschaftsteuer will der Fiskus trotzdem haben — nichts auf dem Konto, dafür aber einen Steuerbescheid in erklecklicher Höhe. Kein Wunder, dass die beide sauer sind.

Haften mit dem Privatvermögen

Da gibt wenig Trost, dass es andere noch härter trifft. Beispielsweise diejenigen, die ihre Fondsanteile auch noch auf Pump gekauft haben — nur allzu bereitwillig finanziert von Volks- und Raiffeisenbanken. Oder die leichtgläubigen Anleger, die in den DG-Fonds Nummer 37 investiert haben, eine Anlage in der Rechtsform der Gesellschaft des bürgerlichen Rechtes (GbR). Dort haften die Anleger nicht nur mit ihrem Anlagekapital, sondern auch mit ihrem privaten Vermögen. Bis zu 90 Prozent der Anlagesumme müssen nachgeschossen werden, wenn der Fonds endgültig den Bach hinunter geht, erläutert die Juristin Petra Brockmann von der Kanzlei Hahn in Bremen.

Seit Monaten tingelt die Anwältin für den eigens gegründeten Verein „Schutzvereinigung für Kapitalanleger e.V.“ durchs Land und scharft im Kampf gegen die DZ-Bank — sie ist Rechtsnachfolgerin der früheren DG-Bank — Mandanten um sich. Über 1000 vertritt die Kanzlei bereits, und mit jedem „Geschädigtentreffen“, wie jetzt in der Pyramide, werden es mehr.

Die Vorwürfe der Anleger lauten stets gleich: Die Fondsanteile wurden als sichere, rentable Anlage beworben, ohne zu erwähnen, dass auch Totalverlust droht; es wurden Renditen versprochen, die niemals zu erzielen waren; die Angaben in den Fondsprospekten waren irreführend bis falsch, wichtige Details wie die engen Verflechtungen aller an dem Geschäft verdienenden Firmen unter dem Dach der DG-Bank wurden verschwiegen — ein „Bereicherungsmodell“, wie es Anwältin Brockmann formuliert.

Die Volks- und Raiffeisenbanken und ihr Spitzeninstitut sehen das naturgemäß anders. Über die Risiken sei sehr wohl informiert worden. Und schuld an der Schieflage der Fonds sei ohnehin der nicht vorhersehbar gewesene wirtschaftliche Einbruch nach der Wende in Ostdeutschland mit hohen Leerstandsquoten und rasant fallenden Mieterträgen.

„Damals nach der Wende hat doch niemand geglaubt, dass der Immobilienmarkt im Osten so einbricht“, versuchte auch der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Raiffeisenbank Seebachgrund (nahe Erlangen) seine Bankengruppe bei dem Geschädigentreffen zu verteidigen. Der Vorstand war dabei nicht nur als Genossenschaftsvertreter zu der Veranstaltung gekommen. Er ist vielmehr „Täter“ und Opfer zugleich. Als Banker hat er die Fondsanteile an seine Kunden vertrieben. Und als Anleger war er von seinen eigenen Verkaufsargumenten so überzeugt, dass er selbst Anteile erworben hat. Auch er als Banker blieb nicht von Verlusten verschont. Kein Einzelfall: Bei Armin Goß aus Adelsdorf beispielsweise steht ebenfalls ein „ordentlicher Betrag“ im Feuer. Goß ist sogar Aufsichtsratsmitglied der Genossenschaftsbank Erlangen-Höchststadt, kontrolliert in dieser Eigenschaft den Vorstand. Und auch ihm bleibt heute nicht mehr als Frust: „Alle haben ihr Geld bei diesem Geschäft bekommen — nur wir Anleger nicht“, schimpft er.

Sie alle erhofften sich von dem von der Bremer Kanzlei organisierten Treffen Aufschluss darüber, ob sie sich Hoffnung auf Schadenersatz machen können. Doch nicht alle Anleger gingen leichteren Herzens nach Hause. „Viel hat's nicht gebracht, die suchen doch nur neue Mandanten“, zeigte sich ein Teilnehmer aus Oberfranken enttäuscht. Und sein Leidensgenosse aus dem Großraum Nürnberg schimpfte gar mit Blick auf das Anwaltshonorar und den Vereinsbeitrag der Schutzvereinigung: „Erst hat uns die DG-Bank mit großen Versprechungen das Geld aus der Tasche gezogen, jetzt folgen die Anleger-Anwälte und wollen im Prinzip auch nichts anderes als unser Geld.“

Klagen abgewiesen

Außer dem Zuspruch, dass Hoffnung besteht, konnte die Anwältin der Bremer Kanzlei den Fonds-Opfern nichts an trostreichen Fakten mit auf den Weg geben. Die wenigen Verfahren, die bis jetzt entschieden sind, gingen alle zugunsten der Banken aus, die Klagen wurden abgewiesen. Und über die Fälle, in denen nach Aussagen von Brockmann den Genossenschaftsbanken ein üppiger Schadenersatz von bis zu 65 Prozent der Beteiligungssumme abgerungen wurde, sei Stillschweigen vereinbart worden.

"Verfasser/ Nürnberger Nachrichten"